

Lokales.

Parteigenossen des III. Berliner Reichstags-Wahlkreises! Listen zur Sammlung von Geldern für die Unkosten der Delegierten zum Parteitag in Erfurt sind bei folgenden Genossen in Empfang zu nehmen:

- Ernst Kunter, Köpckeplatz 34, vorn II;
- Schulz, Dredenerstr. 15;
- Kirsch, Ritterstr. 107, vorn I;
- M. Kohlhardt, Mariannenstr. 34, vorn part.;
- G. König, Pausenstr. 44, Hof II.

Wir ersuchen die Genossen, sich regen an der Sammlung zu beteiligen und Listen an den jeweiligen Käsegeber gegen Quittung wieder abzuliefern. Die Kommission.

Von Herrn C. Wittberger erhalten wir folgendes Schreiben:

Die Direktion des Ostend-Theaters versuchte in Nr. 233 des „Vorwärts“ die Gründe, welche den Umzug der Freien Volksbühne notwendig machten in einer Weise darzustellen, die der Wahrheit durchaus nicht entspricht.

Wenn obige Direktion schon gleich zu Anfang behauptet, der Umzug sei nicht aus künstlerischen, sondern aus rein pekuniären Gründen erfolgt, so wird wohl auch jeder Uneingeweihte zugeben, daß ich als Vorstandsmitglied die Gründe, welche den Vorstand bestimmten, nach einem andern Theater sich umzusehen, jedenfalls besser kenne, als die Herren Direktoren. Der Umzug erfolgte aus vorwiegend künstlerischen Gründen und nur insoweit kommen auch pekuniäre Gründe für den Vorstand in Betracht, als für denselben von vornherein fest stand, daß bei den verhältnismäßig niedrigen Sagen, welche die Direktion ihrem schauspielerischen Personal zahlt, von einer künstlerischen Gesamtleistung nur dann gesprochen werden kann, wenn wie bisher die Hauptrollen auf Kosten des Vereins an solche Künstler gegeben würden, die dem Verdienst des Ostend-Theaters nicht angehören. Auch die Regie hätte nach wie vor in die Hände eines von dem Verein bezahlten Regisseurs gelegt werden müssen. Es kommt noch hinzu, daß der Verein im Laufe des letzten Jahres an die Mitglieder des Ostend-Theaters infolge der äußerst niedrigen Sagen (2-5 Mark täglich) circa 1500 Mark Gratifikationen zu zahlen sich gezwungen sah.

Alles dies zusammen genommen, hätte bei dem Preisausschlag der Direktion eine durchschnittliche Ausgabe pro Vorstellung von über 650 Mark ergeben. Hieraus ergibt sich doch, daß die hohe Ausgabe pro Vorstellung, an der allerdings der Abschluß scheiterte, doch nur daraus hervorgeht, daß das Entschließen des Ostend-Theaters, sowie Regie u. sehr vieles zu wünschen übrig läßt.

Es ist ferner unklar, daß der Verein im vorigen Jahre an die Direktion pro Vorstellung 350 M. zahlte. Diese Summe wurde nur für die ersten 10 Vorstellungen gezahlt; für die 12 nachfolgenden Vorstellungen aber auf 250 M. herab gesetzt. Hierbei spielte sich aber schon ein ähnlicher Vorgang ab, wie der von der Direktion erwähnte.

Herr Friedrichs (Theaterhaber des Herrn Direktors Samst) machte nämlich im Februar dem Vorstande den Vorschlag, daß er uns von April bis Oktober das Theater 150 Mark pro Vorstellung billiger lassen wolle, wenn wir auch in den Sommermonaten spielen.

Dieser Vorschlag bestimmte den Vorstand und zuletzt die Generalversammlung, auch den Sommer hindurch zu spielen. Der Vorstand erbot sich sogar, 50 M. mehr zu zahlen, als die Direktion verlangte — also 250 M. —, unter der Bedingung, daß die in den Vorstellungen des Vereins mitwirkenden Schauspieler u. so wie bisher volle Tagesgage von der Direktion erhielten. Da, nachdem alles zur Vorstellung vorbereitet und bekanntgegeben war, erklärte mir derselbe Herr Friedrichs drei Tage vor der Aufführung des ersten Stückes brieflich, daß es ihm beim besten Willen nicht möglich wäre, etwas von der bisherigen Summe (350 M.) abzulassen, und daß von einem Abschluß nur dann die Rede sein könnte, wenn der Vorstand sich zur Zahlung dieser Summe verpflichtete.

Gleichzeitig wurde aber den Mitgliedern des Theaters von der Direktion mitgeteilt, daß in Zukunft für die Vorstellungen der Freien Volksbühne nur halbe Tagesgage gezahlt werden könnte. Darüber entspann sich ein lebhafter Briefwechsel, in dem ich mich erbot, die geforderten 350 Mark zu deponieren unter dem Vorbehalt, die zuviel gezahlten 100 M. eventuell durch Klage zurückzufordern. Schließlich gab die Direktion aber nach und willigte ein, daß auch für jede fernere Vorstellung nur 250 M. zu zahlen seien. Das technische und schauspielerische Personal aber wurde entgegen unserer ersten Absichtungen um die Hälfte der Tagesgage gekürzt, so daß die mitwirkenden Darsteller nur noch 1-2 1/2 M. für Vorstellung und Proben bekamen.

Als der Kontrakt nun wieder erneuert werden sollte, glaubte der Vorstand, daß es bei dem bisherigen Preis sein Bewenden haben würde, zumal jetzt 30-40 Vorstellungen pro Jahr in Aussicht gestellt werden konnten, im Ganzen aber nur 10 Stücke einzustudieren seien.

Die Unkosten der Direktion für eine Vorstellung der Freien Volksbühne beliefen sich seit April auf höchstens 50 M. inkl. elektrisches Licht, so daß derselben jedesmal 200 M. als Ausbeute verblieben. Das war nach meinem Dafürhalten bei einer 30-40 maligen Wiederholung im Jahr mehr als genug, zumal unsere Vorstellungen in eine Zeit fielen, wo das Theater nicht anderweitig ausgenutzt werden konnte. Als nun die Direktion aber 400 Mark verlangte, nicht 350, da erklärte ich allerdings in Anbetracht des Vorliegenden diese Forderung für eine unverschämte und habe bis heute noch keine Abbitte gekriegt. Im weiteren Verlauf der Unterhandlung, in dem ich Herrn Friedrichs vorrechnete, was er an Wagen zahlt und sonstigen Unkosten zu tragen hat, wobei ich vorliegendes Reingewinn berechnete und ihm vorhielt, daß die Direktion uns wohl kontraktlich verpflichtet wäre, Regie und vollständiges Theaterpersonal zu stellen, daß aber noch kein einziges Stück von uns hätte mit den dort engagierten Kräften besetzt werden können, weil sogar drei seiner besten Schauspieler gar nicht engagiert seien und wenn von uns gebraucht, ebenso wie fremde honorirt werden müßten, da bezeichnete ich, weil mir gerade nichts anderes einfiel, das Ganze mit den Worten „jüdische Sachen“.

Ich wollte damit eine ganz bestimmte Geschäftspraxis bezeichnen, die mit der hier erörterten eine frappante Ähnlichkeit hat, ohne jede Nebenabsicht, weil ich ganz genau weiß, daß diese Praxis auch von Christen geübt wird.

Ich glaube sogar die mildere Form gewählt zu haben und nehme auch jetzt noch nichts zurück.

Es ist auch nicht wahr, daß die Direktion daraufhin erklärte, uns das Theater überhaupt nicht mehr geben zu wollen. Im Gegenteil, noch an demselben Tage bot sie es uns für 350 M. an. Seitens des Vorstandes wurden aber keinerlei Versuche mehr

gemacht, das Theater zu bekommen. Unklar ist ferner, daß der Verein im Bellealliance-Theater 500 M. bezahlte. Freilich steht aber, daß uns dort keine Vorstellung, Regie und sämtliches Personal mit einbezogen, mehr denn 500 M. kosten wird. Die meisten Vorstellungen werden aber billiger als 500 M. sein. Jedenfalls haben wir weit günstiger abgeschlossen, als im vorigen Jahre. Gratifikationen werden ebenfalls nicht mehr gezahlt werden, da die Mitglieder des Bellealliance-Theaters das Drei- und Vierfache an Gage erhalten, wie die Mitglieder des Ostend-Theaters, und für ihre Mitwirkung nicht nur volle Tagesgage, sondern noch etwas mehr bekommen. Der „srenetische Beifall“, den unsere Mitglieder den Vorstellungen im Ostend-Theater zollten, galt doch wohl in erster Reihe dem Stück an und für sich, dann der Regie des Herrn Bachmann und den mitwirkenden Gästen, sowie auch einigen guten Leistungen der dort engagierten Mitglieder, was ich gern zugeben will. Dieser Beifall kostete dem Verein aber, außer den 6154 M. 50 Pf., welche die Direktion erhielt, für Regie, Honorar an Gäste, Gratifikationen und Statistiker noch die Summe von 1512 M. 50 Pf.

Die Direktion des Ostend-Theaters hat daher zu allererst ein Recht, diesen Beifall als einen Beweis ihres künstlerischen Könnens und Schaffens zu bezeichnen.

Notiz für „Wohltäter“ und solche, die es werden wollen. Der Verein „Jugendhaus“, welcher durch Erleichterung von Heimen für alleinlebende Mädchen das Schicksal von Unweisen bekämpfen und zur Befreiung der Prostitution beitragen zu können glaubt, hat es während seiner mehrjährigen Tätigkeit glücklich auf zwei Heime zu je 30 Betten gebracht. Aber selbst für diese beiden Anstalten bescheidenen Umfangs hat es ihm bisher an ausreichenden Mitteln zur Unterhaltung und an einer genügenden Anzahl junger Mädchen zur Befreiung gefehlt. Das erklärt sich daraus, daß die Unterbringung alleinlebender Mädchen in Heimen der bescheidenen Klasse absolut keinen persönlichen Vortheil verspricht, wie das bei den meisten anderen „Wohlfahrts-Einrichtungen“ der Fall ist; das letztere daraus, daß sich das Wohnen in diesen Anstalten durchaus nicht billiger stellt, als in einer Schlafstube. Infolge dieser Mangelhaftigkeit konnte man in den letzten Monaten fast Woche für Woche in den bürgerlichen Blättern einer beweglichen Bitte des Vereins um Unterstützung der Heime von Seiten der bescheidenen und Benutzungen von Seiten der beschloßenen Klasse begegnen. Die Bitte muß aber nicht viel genügt haben; denn in ihrer Nothlosigkeit greift jetzt die Leitung des Vereins, die mit den Wohlthätigkeiten der Bourgeoisie zweifellos vertraut ist, — zu einem Appell an die Güte dieser Bourgeoisie und vertritt einheimischen Ruf, welcher mit den vielfachen Worten schließt: „Neben die Beiträge wird in den Zeitungen mit voller Namen quittirt“. Wir sind überzeugt, daß dieser jarte Wink Erfolg haben wird, und daß die Beiträge von nun an reichlicher fließen werden, fernermal und allmählich die Bourgeoisie nur dann etwas von ihrem Mannen hergibt, wenn irgend ein Vortheil, und sei es auch nur eine öffentliche Namensnennung, dabei herauskommt.

Im Kriegerverein zu Weiskensee ging der Geist des Umsturzes schon seit längerer Zeit um; das löste den Philistern unter den Mitgliedern natürlich große Angst ein. Wie das Gespenst bannt? Diese Frage wurde zu einer Kardinalfrage für die Weiskenseer. Einer der Rengstlichsten unter ihnen konnte die Zeit ihrer Lösung nicht erwarten; er löste es mit seinem Gewissen nicht vereinigen, einem derartigen Verein, der nach Umsturzes, anzugehören — er trat daher aus. Der tapirere Mann war Ehrenmitglied und hieß Henninger. Unterdeß waren seine Freunde nicht müßig gewesen; am vergangenen Sonnabend zeigte sich das Resultat ihrer staatsverhaltenden Tätigkeit und zwar in einer Verfügung des Amtsvorstehers von Weiskensee, welche ihre Veranlassung in einem Antrage der Zentralleitung des Bundes deutscher Kriegervereine hat, und — die Auflösung des Vereins anspricht. Die Ehrenaufgabe der Befreiung derselben fiel dem Mauerpolster Schomburg zu. Motiviert wurde die Auflösung damit, daß sich seit einiger Zeit sozialdemokratische Elemente eingefunden hätten. Nachdem dies zur Kenntniß der Anwesenden gebracht worden, verlas der Vorsitzende die Namen derjenigen, welche vor den Augen der Staatsrechtler Gnade gefunden, und lud sie ein, in einer Versammlung zu erscheinen, die den Zweck der Gründung eines neuen Vereins habe. Nicht verlesen wurden von den Mitgliedern des aufgelösten Vereins fünf- undzwanzig, die mit lebden in einer früheren Versammlung abgeschlossen denmach als die rändigen Schafe betrachtet werden, deren man sich entledigen mußte. Wenn die Herren nun glauben, die Spreu vom Weizen richtig gesiebt zu haben, so irren sie sich. Wir können ihnen die für sie gewiß recht erfreuliche Thatsache mittheilen, daß unter den vertiesenen und damit als Ordnungsfällen bewerteten Leuten sich noch einige Umstürzler befinden, welche jedenfalls dafür sorgen werden, daß der oben zitierte Geist auch im neuen Verein umgehen wird. Im Ubrigen erinnern wir daran, daß, was sterblich ist, Geistes nichts anhaben kann.

Ohne Sozialistengesetz. Wenn jemand eine Reise thut, so kann er was erzählen, heißt es in bekannter Weise, und befinden sich in dieser angenehmen Lage auch eine größere Anzahl Genossen aus dem Osten, welche am 13. v. M. eine Agitationsreise nach Königs-Wusterhausen, Wittenwalde und die umliegenden Dörfer unternahmen. So verhältnismäßig klein auch diese „Reise“ war, so verhältnismäßig groß waren doch die Erfahrungen, die auf ihr gesammelt worden sind. Der Ausflug erregte allgemeines Interesse. Bereits auf dem Götlicher Bahnhofe in Berlin „interessierten“ sich zwei „Herren in Zivil“ — zusehends für der Genossen Schaar und liebdingelten in unvorlembarer Weise mit den drei Packeten, welche dieselbe mit sich führte. In Königs-Wusterhausen trat an die Stelle der „Zivilisten“ ein „Uniformirter“. Die Genossen wurden von einem Gendarm in freundliche Obhut genommen und hatten die Genossen solcher während des ganzen Tages nicht mehr zu entdecken. Selbst das Frühstück wurde unter dem Auge des Gesehes eingenommen. Da auf die Dauer indessen eine derartige Aufmerksamkeit lästig wird, so suchten sich die Genossen derselben nach Möglichkeit zu entziehen und die mitgeführten Schriften in Sicherheit zu bringen, was auch zum Theil gelang, indem man sich theilte und verschiedene Wege einschlug, verfolgt von den Dienern des Gesehes, die sich mittlerweile um noch einen Gendarm und einen Kamdiener vermehrt hatten. Einer der Paketträger, der auf Abwege gerathen war, wurde von einem Gendarm verfolgt, eingeholt und sistirt und bekam ihn die in Freiheit lebenden Genossen an diesem Tage nicht mehr zu sehen. Auf der Polizeistation wurde der Genosse in liebenswürdigster Weise durch die an den Gendarm gerichtete Frage: „Haben Sie den Lump?“ in Empfang genommen; darauf wurde ihm das Paket entziffen, dasselbe ausgewickelt und siehe da, zum Vorschein kamen — ältere Nummern des „Vorwärts“ und der „Gazeta Robotniza“! Tableau! In jartester Weise wurde der „Delinquent“ gerüttelt und geschüttelt und ihm melodisch in die Ohren geschrien, wo die anderen Pakete wären, wie die anderen Halkanten hießen u. Die Genossen folgten eine eingehende Vernehmung, selbst die Freundlose wurde geöffnet, doch auch in ihr nichts Staatsgefährliches entdeckt. Nach längerer geheimer Berathung seitens der beiden Genossen wurde ein sarkastisches Loch geöffnet und dem Arrestanten

die „freie“ Wahl gelassen: „Entweder da ein oder nach Berlin!“ Der Genosse wählte das Letztere und so wurde er nach Berlin „verschickt“. Die übrigen Genossen hatten unterdessen, in kleinere Störps getheilt, ihren Vormarsch fortgesetzt und durch Kreuz- und Querzüge die Polizei irre zu führen verstanden. Während diese einen größeren Trupp verfolgte, war ein kleinerer Trupp voraus geritt und hatte mit entigen Eifer dem Werke der Aufklärung obgelegen, so daß alle Dörfer, welche das Gros mit der Polizei passirte, bereits besetzt waren. Der Zweck der Agitationstour wurde vollständig erreicht, trotzdem die Gendarmerie der ganzen Gegend aufgebieten gewesen sein soll. Am 3 Uhr Nachmittags stießen die verschiedenen Streifcorps in Wittenwalde zusammen und wurde der Nachmittag mit dortigen Genossen in gemeinsamer Weise verbracht — unter Polizei-Aufsicht, in welche sich vier Gendarmen theilten. Gegen Abend wurde unter Begleitung der Wittenwalder Genossen nach Königs-Wusterhausen zurückmarschirt und trennte man sich von diesen an der Weichbildgrenze mit brausenden Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie! Abgegeben von Keinen Reibereien mit den Begleitmannschaften unterwegs kam es auf dem Bahnhofe Königs-Wusterhausen noch zu einem ersten „Zwischenfall“. Auf dem Bahnhofe waren noch andere Ausflügler und auch ein Train Militär anwesend. Als sich der Militärzug in Bewegung setzte, wurde plötzlich aus dem Wagon des „Zwischenfalls“ einer der Genossen mit Behemung heraustritt und nach dem Stationsgebäude geschleift, sodas ein Schrei des Entsetzens und der Entrüstung seitens des Publikums ertönte und man verfuhr war, zu glauben, der Handorder Begeh sei gesah worden. Auf die Frage des also Mißhandelten nach dem Grunde dieser staatsbürgerlichen Behandlung wurde ihm bedeutet, er habe die Armee beleidigt, und der bekannte Gendarm Hornbogen versah sich sogar zu der Meinungäußerung, daß die vorgelegten Legitimationspapiere des Genossen gestohlen sein könnten. Zeugen dieses Vorfalles werden dringend ersucht, ihre Adressen Herrn Otto Fröhlich, Berlin O, Gruner Weg 65, bekannt zu geben. Trotz aller dieser gemachten Erfahrungen gedenken die Genossen, in ihrer Agitation unter der Landbevölkerung nicht zu erlahmen. Mit dem aufrichtig gemeinten Scheidegruß: „Wir kommen bald wieder!“ und dem Gesänge der Arbeiter-Marschallaise verließen dieselben das göttliche Königs-Wusterhausen und dampften der Kapitale zu, die Wahrheit des Spruches erkennend: „Wenn Jemand eine Reise thut, so kann er was erzählen!“

Preussische Verlegenheit herrschte nach der „Berl. Presse“ zu Anfang dieses Monats bei den Kammeren für Handelsachen am Berliner Landgericht. Das Institut der Handelsrichter ist mit der Reorganisation der Justizpflege am 1. Oktober 1879 ins Leben getreten, und da die Amtsdauer der Handelsrichter sechs Jahre währt, war zum 1. Oktober d. J. ein großer Theil der Mandate abgelaufen und bedurfte der Erneuerung. Als nun die Vorsitzenden am 1. d. Mts. die Sitzungen begannen wollten, zeigte es sich, daß ein großer Theil der kaufmännischen Weiskenseer schickte. Als man nach der Ursache dieses Streikes forschte, stellte sich heraus, daß die Patente, welche, wie jedes Richterpatent, die Unterschrift des Königs tragen müssen, aus dem kaiserl. Zivilkabinett nicht eingegangen waren. Die Ausgabebüchlein hatten somit völlig korrekt gehandelt, indem sie zu Hause blieben, und man mußte, so gut es ging, sich nach Ersatzmannern umsehen, deren Mandat noch nicht abgelaufen war. Einzelne Handelsrichter hatten das Verbleiben ihrer Mandate übersehen und nahmen ruhig an den Verhandlungen theil. Die Urtheile, die unter Mitwirkung dieser Herren gefällt wurden, sind natürlich nichtig.

Die neuen Einrichtungen des Vorortverkehrs nach Potsdam scheinen noch vielfach unverständlich zu sein. In der amtlichen Mittheilung wird erwähnt, daß der direkte Verkehr nach Potsdam auf der alten Hauptbahn weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sei, daß dagegen die Wannsee-Bahn, welche doch eigentlich nur für die Zwischenstationen (Großgörschenstraße bis Nowawes-Neuendorf) zu benutzen wäre, übermäßig stark von Fahrgästen nach Potsdam in Anspruch genommen sei. Es erklärt sich diese Thatsache zum Theil wohl aus dem Umstande, daß die vierzehn Vorortzüge, welche täglich vom alten Potsdamer Bahnhof in Berlin abgefahren werden, die erste bis dritte Wagenklasse führen. Nach den bisherigen amtlichen Bekanntmachungen mußte man annehmen, daß sämtliche Vorortzüge nur zweite und dritte Klasse (nicht auch erste) enthalten würden. Ob auch für die erste Klasse der Potsdamer Vorortzüge Fahrpreis-Ermäßigungen eintreten sind, ist aus den bisherigen Bekanntmachungen nicht ersichtlich; die Fahrpreise für die zweite und dritte Klasse sind hier jedenfalls eben so billig wie bei den Wannsee-Vorortzügen. Wir wollen hierbei bemerken, daß die Preise von und nach Bahnhof Friedrichstraße dieselben sind wie von und nach Potsdamer Bahnhof. Ueber Bahnhof Friedrichstraße hinaus (Alexanderplatz und Schleißer Bahnhof) erhöht sich der Fahrpreis um 15 Pf. in zweiter und 10 Pf. in dritter Klasse. Die Abfahrt der Vorortzüge vom alten Potsdamer Bahnhof in Berlin nach Potsdam, Charlottenhof und Wildpark erfolgt am 7, 8, 10, 11 Uhr Vormittags und um 1, 10, 2, 4, 5, 7, 7, 55, 9, 10, 10 Uhr Nachm. Die Züge um 10 Uhr Vormittags, 7, 55 und 3 Uhr Nachmittags fahren bis Werder, außerdem fahren noch Züge um 11, 30 und 1 Uhr Nachts nur bis Potsdam. Alle diese Züge durchfahren die Strecke Berlin-Potsdam, ohne anzuhalten, in 20 Minuten. Für die übrigen Züge auf der Potsdamer Hauptbahn, wie überhaupt zu allen Fernzügen der anderen Bahnen, haben die Vorortzüge-Jahreskarten keine Gültigkeit.

Das Erntefest am vergangenen Sonntage wurde auch von mehreren ackerbau-treibenden Berlinern in entsprechender Weise gefeiert. Die sogenannten Lauben-Besitzer, die Pächter weniger Quadratmeter Ackerland an der Weichbildgrenze Berlins, haben auf dem kleinen Raum außer zahlreichen anderen Dingen auch einige Stauden Kartoffeln gepflanzt. Das freundliche Wetter am Sonntag Nachmittag hatte die Lauben-Besitzer nebst Familien und sonstigen Verwandten auf den bestellten Kartoffelacker hinausgelockt und dort machte sich Alles unter möglichstem Hallel an die Kartoffelernte. Während die Männer das Ausbuddeln der Kartoffeln besorgten, hielten die Frauen Wasser in mitgebrachten Töpfen herbei und zündeten ein Feuer an, auf dem alsbald der größere Theil des gesammelten Ernte-Ertrages gelocht wurde. Da es gegen Abend kühl wurde, so hielt man das Feuer in Brand und zu diesem Zwecke wurden vielfach Hackenstücke und wohl auch einzelne Theile der Lauben den Flammen überliefert, bei deren malerischem Schein die Erntemahlzeit eingenommen wurde, wobei natürlich der Hering und die nöthigen Getränke nicht fehlten. Als die Luft später am Abend kälter wurde, bewegten sich die Erntefesttheilnehmer, beladen mit den Resten ihrer Ernte, die sie in Säcken theils auf dem Rücken, theils auf kleinen Handwagen beförderten, nach der Stadt und zwar unter den Klängen einer feierlichen Erntemusik, welche von Harmonika und Blechblasen ausgeführt wurde. Wer dem Zug der vergnügten Erntefesttheilnehmer, der von den Müddorfer Wiesen nach Berlin sich bewegte, am Sonntagabend begegnete, der mußte sich überzeugen, daß die städtische Erntefreude von der ländlichen Bevölkerung kaum übertroffen werden konnte.

Wird man bei heiterem Sonnenschein zu den von Tag zu Tag umfangreicher werdenden Strängen der hiesigen Fernsprechtleitungen empor, so sieht man eine Anzahl Drähte darunter, welche wie eitel Gold glänzen. Es sind dies die blanken Kupferdrähte, die seit einiger Zeit an Stelle des verzinsten Eisendrahtes zur Verwendung gelangen. Kupfer ist zwar ein viel kostspieligeres Ding als Eisen, es verhält sich jedoch dem elektrischen Strom gegenüber viel vorzuziehen, indem es ihm einen bedeutend geringeren Widerstand entgegenstellt als das Eisen. Die ersten Telegraphenleitungen waren aus Kupferdraht. Da man dieselben jedoch nicht dauerhaft und widerstandsfähig genug herstellte, zerrißen sie bei Sturmwind allzuleicht. Die Erbauer von Telegraphenlinien wendeten sich daher dem minder kostspieligen, kräftigeren und vor Diebstahl sichereren, wenn auch minder gut leitenden Eisendraht zu. Neuerdings hat man nicht nur, wie bemerkt, für Fernsprech-Verbindungen den Kupferdraht wieder aufgenommen, sondern auch für diese und jene oberirdischen Telegraphen-Verbindungen. Nachdem unlängst das hiesige Haupt-Telegraphenamt eine neue oberirdische Verbindung mit Mailand aus Kupferdraht erhalten hat, — nebenbei bemerkt, die Länge der von hier ausgehenden Telegraphenleitungen — deren Vorzüge vor der früheren Eisendraht-Verbindung sich glänzend erwiesen haben, hat man den Bau einer solchen Kupferdraht-Verbindung zwischen hier und Paris begonnen, welche auf deutschem Gebiete bereits fertig gestellt ist. Wenn dieselbe in Betrieb gesetzt sein wird, kann Berlin mit der Hauptstadt an der Seine ohne die bisher nothwendige Einschaltung von sogenannten Relais unmittelbar verkehren, weil dann der von hier in die Richtung gesandte Strom in genügender Stärke an sein Ziel gelangt.

Ein „psychologisches Problem“ soll nach Ansicht des „Berliner Tageblatt“ der Selbstmord des Bankiers Schnödel sein, weil derselbe nicht aus Sucht am spärlichen Leben, sondern aus Gier nach dem Gelde, zu Unterschlagungen der ihm anvertrauten Kapitalien griff. Das psychologische Problem können wir bei aller Würde nicht entlocken. In den oberen Gesellschaftsklassen, denen der Genannte angehörte, gilt die Moral vom „Entschiedenem“ noch voll und ganz. Und diese Moral macht nicht etwa Halt bei der ersten Willkür. Im Gegentheil, je mehr der Betreffende zusammengehört hat, desto größer ist im Allgemeinen die Begierde nach neuen Reichthümern. Gerade bei den Millionären ist diese Sucht am deutlichsten ausgebildet. Und das ist sehr natürlich. Gilt doch gerade in diesen Gesellschaftsklassen das Dogma vom mühelosen Erwerb Alles. Das ganze Geistes- und Erwerbseben der oberen Gesellschaftsklassen ist auf die Jagd nach dem Golde zugeschnitten. Gier gilt der am meisten, der den größten Geldbeutel hat. Wir finden es daher ganz und gar nicht psychologisch räthselhaft, wenn Leute, wie der Bankier Schnödel, danach streben, den Geldsack möglichst voll zu machen, skrupellos, gleichviel mit Aufhebung welcher Mittel, am besten nach dem Grundgesetz: non olet.

Auch das „Berliner Tageblatt“ scheint ja sehr genau diese Dinge zu kennen, denn es schreibt wirklich: „So lange indes in der menschlichen Gesellschaft das Geld der Menschen gar so sehr nach ihrem Gelde geschätzt wird, werden wir auch mit solchen Verirrungen menschlichen Strebens zu rechnen haben. So lange die Gesellschaft nicht im Allgemeinen ein höheres Niveau von Einsicht und Sittlichkeit erreicht hat, bildet sie einen natürlichen Nährboden für Egoisten, die ihren Lebenszweck schon dann erfüllt meinen, wenn sie ihre Gier nach Geld und — wenn das Wort gestattet ist — ihre Wollust des Spielers zu befriedigen vermögen.“

Trotzdem das Blatt die Ursachen der „Verirrungen menschlichen Strebens“ richtig beurtheilt und mit selten zu beobachtender Offenheit den Mangel an Sittlichkeit bei den höheren Gesellschaftskreisen konstatiert, kann es von seiner alten Gewohnheit nicht lassen, an dem Bestand der elenden Einrichtungen ja nicht zu rütteln. Daher setzt sich das Blatt des Herrn Mosse mit lächerlicher Aufregung über die moderigen Dinge hinweg, indem es die verbrecherischen Thaten der Spielanten als etwas selbstverständliches ansieht, das man mit in den Kauf nehmen müsse.

Auch eine Philosophie! Im Uebrigen entbehrt auch diese Darstellung des Ereignisses einer gewissen Kritik nicht. Denn im Vorderfeld von psychologischem Problem sprechen und im Nachfeld von der Selbstverständlichkeit solcher Verirrungen (da der Mangel an Sittlichkeit natürlicher Nährboden solcher Verbrecher- und Spielereigenschaften sei), das bekannnt auch nur das „Berliner Tageblatt“ fertig.

Zur Affäre Prager gehen der „Berl. Ztg.“ von durchaus glaubwürdiger Seite Mittheilungen zu, welche mit den bisherigen Darstellungen in erheblichem Widerspruch stehen. Danach ist es vollkommen richtig, daß Max Schweizer bei seiner Verhaftung oder später sich des Mordversuchs gegen seinen Schwager für schuldig bekannt hat. S., dessen Gesundheitszustand übrigens auch durchaus kein leidender ist, hat vielmehr sowohl der Polizei wie dem Untersuchungsrichter gegenüber den Verdacht des Mordversuchs entschieden zurückgewiesen und behauptet, daß er sich nur zu dem Zwecke in das Zimmer seines Schwagers geschlichen habe, um aus dessen Rodtasche ein Päckchen Briefe zu entnehmen, die Dr. Prager in dem Schreibtische seiner Gattin gefunden und als schändliches Material für den Scheidungsprozeß heimlich mit sich trug. Der Frau Prager lag Alles daran, in den Besitz dieser Briefe zu gelangen; am Tage nach der Mittelnachtsstunde ließ die Frau ab, die ihr Prager zum Verlassen seiner Wohnung gestellt hatte. Sie verließ deshalb ihren Bruder zurück, der auf einer Erholungsreise nach Sydt begriffen war. Schweizer leistete dieser Aufforderung ohne Weiteres Folge. Er behauptet nun, er habe sich hinter den Gardinen einer im Zimmer Prager's stehenden Spiegeltoilette versteckt, um, sobald sein Schwager eingeschlafen, die Briefe aus dessen Rodtasche zu nehmen, sei aber trotz wiederholter Versuche nicht dazu gekommen, weil Prager bei der geringsten Bewegung unruhig wurde. Schließlich habe er beschloffen, sein Unternehmen als auschließlich aufzugeben und den Rückzug ins Zimmer seiner Schwester anzutreten. An der Thür angelangt, (seine Stiefel hatte er im Zimmer der Schwester ausgezogen) hätte er durch Anstoßen an einen Gegenstand Geräusch verursacht, von dem Prager vollständig erwachte. Dieser sprang auf, geht nach dem Feuerzeug, und nun habe er (Schweizer), um Prager zu erschrecken, und so besser entkommen zu können, den Revolver, den er lediglich zu seiner Vertheidigung zu sich geführt, abgefeuert und dabei durch einen unglücklichen Zufall Prager verwundet. Er sei dann die Treppe hinunter gestürzt und barhäuptig und ohne Stiefel in die Wohnung seiner Mutter geeilt.

Ob diese Darstellung eine wahrheitsgemäße ist, wird zunächst dahin gestellt bleiben müssen. Wichtig ist es, daß Prager die kompromittirenden Briefe stets bei sich trug. Lassen sich die Schweizer'schen Angaben nicht widerlegen, so würde zunächst Frau Prager als schuldig erscheinen und auch die That Schweizer's unter einem anderen strafrechtlichen Gesichtspunkt wie dem des Mordversuchs zu beurtheilen sein.

Das Dienstmädchen Auguste Machus wurde gestern Morgen im Polizeipräsidium einer nochmaligen Vernehmung unterzogen und hat die Gelegenheit benutzt, ihre früheren Aussagen abzuschwächen. Zunächst hat sie ihre Erklärung widerrufen, der zufolge sie einen Versuch gemacht hat, Hrn. Adler mit einem Gift zu vergiften. Gestern sagte sie, daß sie erst Sonntag Morgen, als sie sah, wie Hrn. Adler, als sie den Milchmann besah, eine Börse, in der sich mehrere Hundertmarkstücke befanden, öffnete, den Einschloß gefast habe, ihre Herrin auf irgend welche Weise aus dem Leben zu bringen und sich das Geld anzueignen. Daß sie bereits am Freitag vor der That gesehen habe, daß Hrn. Adler von dem Gelddienstträger auf zwei Postanweisungen 450 M. ausbezahlt erhielt, bekreuzt die Machus auf das Nach-

drücklichste, nichts desto weniger ist es sehr leicht möglich, daß die Machus von der Rache aus gesehen haben kann, wie ihrer Herrin dieser Betrag eingehändigt worden ist. Den weiteren Angaben der Machus zufolge ist sie Sonntag um halb drei Uhr Nachmittags zu Fräulein Adler in die Berliner Straße gerufen worden, die als Speisezimmer benutzt wurde. Hrn. Adler habe darauf, vor dem Buffet stehend, der Machus das Transchmesser gezeigt und ihr vorgehalten, daß das Messer schlecht gepulvert sei. Während Hrn. Adler nach den anderen Messern gesucht hat, um sich davon zu überzeugen, ob diese Messer gereinigt wären, hat die Machus, wie sie gestern erklärte, das Transchmesser mit der rechten Hand ergriffen und gleichzeitig mit drei Fingern der linken Hand die alte Dame um die Kehle gefaßt und drei Küddel der linken Hand gegen den Hals des Hrn. Adler gepreßt. Diese habe darauf die Machus an den Armen gefaßt und darauf hätten sich die beiden Frauen hin und her gewirrt. Hrn. Adler soll versucht haben zu schreien, konnte aber keinen lauten Ton hervorbringen, weil ihr die Kehle zugeschnitten war. Die Machus sagt, es sei ihr darauf gelungen, Hrn. Adler auf den Stuhl, der neben dem Sopha im Berliner Zimmer steht, niederzudrücken, und während sie noch immer mit der linken Hand den Hals der Dame gepreßt, ihr mit der rechten Hand zwei Stiche in den Kopf beizubringen. Ihrer Herrin sei es darauf gelungen, sich aufzuraffen, und die Mörderin sei dann mit ihrem Opfer auf das Sopha getaumelt. Dort habe die Machus die Rache ihrer linken Hand mit solcher Gewalt dem Hrn. Adler in den Hals gepreßt, daß diese den Widerstand aufgab. Die Machus erklärte dazu, daß sie glaube, daß Hrn. Adler schon auf dem Sopha ihren Geist aufgegeben habe und als Leiche auf den Fußboden gefallen sei. Jedenfalls ist die Machus mit Hrn. Adler auf die Erde gefallen und hat dann in laute Reden Stellung die beiden letzten Stiche nach dem Kopf der Unglücklichen geführt. Diese Angaben stimmen in vielen wesentlichen Theilen mit dem Befunde überein und werden noch durch das Ergebnis der Obduktion bestätigt, die, wie im Gegensatz zu einer früheren Meldung, aus besserer Quelle verläßt, den Beweis dafür geliefert hat, daß der Tod des Fräulein Adler nicht infolge einer Verblutung, sondern infolge einer Erstickung durch Erwürgung eingetreten ist. Auffallend erscheint, daß, wenn ein Kampf, wie ihn die Machus beschreibt, thatsächlich stattgefunden hat, Niemand in dem leicht gedauerten Hause davon etwas wahrgenommen haben sollte. Eine Erklärung dafür böte vielleicht der Umstand, daß in der Nachbarwohnung eine schwerhörige Dame mit einer ebenfalls schwerhörigen Gesellschafterin wohnt. Unbegreiflich erscheint es, warum die Machus es auf einen Kampf hat antommen lassen, dessen Ausgang um so ungewisser war, als Hrn. Adler ungewöhnlich kräftig war, und warum die Mörderin nicht die Zeit demütigt hat, in welcher ihre Herrin ihren Mittelschlaf hielt, um ihr Vorhaben anzukündigen. Man glaubt nun in unabhängigen Kreisen, daß ungeachtet der Schilderung, welche die Machus von dem Kampfe entwirft, sie den Mord thatsächlich doch ausgeführt hat, während die alte Dame schlief. Daraus deutet auch der Umstand, daß Hrn. Adlers's Schuhe in der Küche gefunden wurden. In einem Bericht, den die Machus erst bequemt, nachdem das Geld bei ihr gefunden worden war; es dahin hat sie handhaft gelangt und sich dabei in allerlei Widersprüche verwickelt. Verdächtig erschien sie sehr bald. Als ein Kriminalkommissar auf ihrem Kleide einen rothen Flecken bemerkte, behauptete sie, in den Zellen Rothwein getrunken und sich dabei begoffen zu haben. Es wurde ihr indessen nachgewiesen, daß sie am Sonntag nur ein Lokal, das mehrerwähnte Tanzlokal in der Dammstraße, besucht und dort eine Weisse mit Hinzugekommen hat. Daraus erwiderte sie, daß sie nicht im Beer getrunken hat. Wein von Bier zu unterscheiden. So beschränkt das Mädchen auch ausfiel, so konnte man ihr das doch nicht glauben, und der Argwohn wurde gegen sie reger. Zu ihrer Bestätigung konnte aber auf Grund dieses Verdachtspunktes ihrer Festnahme keine andere Person aufgefunden werden, nachdem verschiedene Personen auf das Bestimmte erklärt hatten, daß das Transchmesser, mit dem die That vollbracht worden ist, und von dem die Machus behauptete, daß sie es nie vorher gesehen hatte, zu dem Haushalte des Fräulein Adler gehörte. Diese Verdachtsgründe wurden durch den Befund der mit Roth beschnittenen Pantoffeln der Machus und Anderem erhöht, als es sich herausstellte, daß sie versucht hatte, einzelne Stellen ihrer Unterleiber zu waschen. Was die angebliche Anwesenheit einer dritten Person auf dem Schauplatz des Mordes am Sonntag Abend gegen 11 Uhr betrifft, so dürften die daraus bezüglichen Aussagen auf Irrthümern beruhen. Ein Dienstmädchen behauptet, um diese Zeit in der Wohnung des Hrn. Adler Licht gesehen zu haben, zwei Personen wöhlen dort einen Fall gehend, doch dürften sie sich getraut haben. Die Schlüssel zur Wohnung hatte die Machus ihrer Schwester, der Frau Bierbach zur Aufbewahrung übergeben; ist Jemand in der Mörderin's Wohnung gewesen, so konnte dies nur Frau Bierbach oder ihr Mann gewesen sein. Beide sind vollkommen unbefohlene Leute. Der Kaiser'sche Bierbach fehlt seit 19 Jahren in dem Dienste desselben Herrn und ist am Sonntag Abend erst spät nach Hause gekommen. Wäre in der Mörderin's Wohnung nach dem Befunde, so wäre gewiß auch das Schreibpult der alten Dame geöffnet und es hätte kein Grund vorgelegen, die in demselben enthaltenen 2400 M. zurückzulassen.

Ein Verioner vergiftet! In dem Hause Räderstraße 3, einer mächtigen Mietkolonie, befindet sich die Gipsfigurenfabrik von Emil Franke, der seine Fabrikate durch italienische Passiren vertreiben läßt. Es sind dies junge Leute, welche den Verkauf der Figuren in Berlin wie in den Vororten bewirken, und deren Herr J. 18 Mann beschäftigt. In der vorigen Woche war einer dieser Italiener in Köpenick gewesen und hatte von dort eine große Quantität Steinpilze mitgebracht, welche von 11 jungen Italienern verzehrt wurden, die bald nach eingenommener Mahlzeit ihrer Beschäftigung wieder nachgingen. Aber bald leiteten dieselben zuckend, krank aussehend, über einschließliche Schmerzen im Leibe Klagen. Es stellte sich bei Einzelnen Erbrechen ein, und bald darauf — es war Spätmittag geworden — erschienen zwei hinzugerufene Aerzte, welche sofort erkannten, daß hier eine Massenvergiftung vorlag und die sofortige Ueberführung von zehn der Patienten — der erste, der nur wenig von den Pilzen genossen, hatte sich inzwischen wieder erholt — nach dem Hedwigs-Krankenhaus anordneten. Am gestrigen Morgen war, wie aus dem St. Hedwigs-Krankenhaus gemeldet wird, das Befinden der Italiener noch einer schweren und belästigenden Kräfte ein relativ günstiges und ist augenblicklich direkte Lebensgefahr für sämtliche Kranke nicht mehr vorhanden. Ueber den Ursprung der Vergiftung hat die Polizei folgenden ermittelt. Der 16jährige Giuseppe Tortoni hatte, als er die Köpenicker Waide passirte, eine dort überaus zahlreich zu findende Pilzart entdeckt, welche eine auffallende Ähnlichkeit mit Steinpilzen hatte. Der Junge, der solche aus seiner Heimat her zu kenneu glaubte, sammelte ein großes Quantum derselben und nahm die Pilze mit nach Hause, wo sich die jungen Leute dieselben nach italienischer Weise zubereiteten. Wie sich herausgestellt hat, war es der so gefährliche und giftige Pilzschwamm, vor dessen Genuß die Polizei öfters durch Bekanntmachungen warnt.

Zeitung der Gendarmerie wird eifrig auf einen Verioner gemeldet, der vertriebelte Hände hat. Er verleiht Kinder unter dem Vorwand, ihnen für das Drehen des Leiterkastens etwas zu schenken, seinen mit einem Könnig bespannten Wagen zu bestehlen, worauf er mit dem Gefährt das Weite sucht. Der neueste Fall trug sich in Osdorf bei Strausberg zu. Von dort nahm er den zwölfjährigen Sohn Paul einer Frau Jarnoch mit. Als der Knabe bis zum Mittag des folgenden Tages nicht erschienen war, fuhr die Mutter nach Hirschfeld, wo sie ihren Sohn, den Leiterkasten drehend, antraf. Ueblicher Weise fuhr sie, ohne sich den Mann oder das Schloß des Wagens zu merken

nach Hause zurück. Hier erst erriethete sie Anzeige und erfährt, daß mehrere derartige Fälle in letzter Zeit vorgekommen sind.

Die Diphtheritis grassirt gegenwärtig in äußerst harter Weise in den Vororten Tegel, Daldorf und Reinickendorf. In letzterwähnter Woche starben in Reinickendorf allein 10 Kinder und auch in anderen Ortsteilen forderte die Krankheit zahlreiche Opfer. Um einer Weiterverbreitung wirksam entgegen zu treten, sind seitens der Ortsbehörden die Schulschulen auf unbestimmte Zeit verlängert.

Vollzeigericht. Am 5. d. M., Nachmittags, fiel ein elfjähriger Knabe bei dem Versuche, sich mittelst eines aus einem alten Regenschirm hergestellten Fallschirms aus dem Fenster des ersten Treppenabzuges des Hauses Langestr. 33 herunterzulassen, auf den Hof hinab und erlitt dabei einen Beinbruch; er wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Am 6. d. M., Vormittags, wurde im Spandauer Schiffahrtskanal, nahe der Kleberbrücke, die Leiche eines Arbeiters angeschwemmt. — Zu derselben Zeit wurde ein Sattler in seiner Wohnung, in der Neuen Jakobstraße, erhängt vorgefunden. — Vormittags stürzte sich eine 78 Jahre alte Frau aus dem Fenster ihres im 4. Stock des Hauses Wollowstr. 77 belegenen Zimmers in den Vorgarten hinab und verlor auf der Stelle. — Nachmittags erkrankte acht bei dem Gipsfigurenfabrikanten, Räderstraße 3, wohnhafte italienische Arbeiter infolge des Genusses von giftigen Pilzen so schwer, daß sie nach Anwenbung von Gegenmitteln nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden mußten. — Vor dem Hause Rosenthalstr. 41 wurde zu derselben Zeit der Weber Fröhlich von einem durchgehenden Wagenferde zu Boden geschleudert und erlitt einen Bruch des Schlüsselbeins, sowie eine bedeutende Verletzung des Kopfes, so daß seine Ueberführung nach dem Hedwigs-Krankenhaus erforderlich wurde. — Gegen Abend fiel ein Arbeiter vor dem Hause Invalidenstr. 34 von einem Omnibus und wurde am Kopfe und am Beine bedeutend verletzt. Er wurde nach der Charité gebracht. — Am 6. d. M. und in der darauffolgenden Nacht fanden fünf kleine Brände statt.

Geriichts-Beitung.

In dem Prozeß gegen die Kaufleute Hermann Löwenthal und Genossen konnte das Beweismaterial am ersten Tage trotz unzuständiger Verhandlung nicht bewältigt werden. Die Zeugenvernehmung bewegte sich fast durchweg in demselben Rahmen. Ein Zeuge nach dem andern schilderte in derselben Weise, wie er zur Unterschrift eines Papiers, das später sich als Wechsel darstellte, überredet worden war. Die Angeklagten Schreyer und Rosenthal bestritten entschieden, daß sie List oder falsche Verspiegelungen zur Erlangung der Unterschrift angewandt hätten, behaupteten vielmehr, daß die Zeugen die wahre Sachlage sehr wohl gekannt hätten. Die Seele des ganzen Unternehmens scheint der künftige Löwenthal gewesen zu sein. Der Angeklagte Hermann Löwenthal gab folgende Darstellung über seine Geschäftsverbindung mit demselben. Nach längerem Aufenthalt in überseeischen Ländern sei er nach Berlin zurückgekehrt, um hier ein Exportgeschäft nach Afrika zu gründen. Sein hier ansässiger Bruder Louis Löwenthal habe ihm vorgeschlagen, wie er ein lohnendes Geschäft in Trikotagen machen könne, wenn ihm Jemand mit einem Kredit von mehreren tausend Mark unter die Arme greifen würde. Er, der Angeklagte, habe sich dazu bereit erklärt und mit einer bedeutenden Fabrik in Stuttgart große Abschlüsse gemacht, da der Artikel, den er bis dahin noch gar nicht kannte, sich auch für den Export eignete. Er habe seinem Bruder eine Kasse mit Waare zum Werthe von etwa 1000 Mark zur Verfügung gestellt und dabei die Vereinbarung getroffen, daß Louis Löwenthal erst neue Waare erhalten solle, wenn die vorher bezogene bezahlt wäre. Um den Vertrieb der Waare habe er sich damals gar nicht bekümmert, sondern nur die Wechsel von den Kunden in Zahlung genommen, die ihm von seinem Bruder eingehändigt wurden. Allerlei windige Verhältnisse hätten denselben gezwungen, im Juni v. J. das Weite zu suchen. Man habe er noch einen größeren Posten Waare auf Lager gehabt und um diesen abzusetzen, sei er mit Schreyer in Verbindung getreten. Die ihm von Schreyer gegebenen Wechsel habe er ebenfalls mit seinem Giro versehen, er habe sich dabei in gutem Glauben befunden, wie schon daraus hervorgehe, daß er dem Akzeptanten nach kaufmännischer Weise etwa 14 Tage vor dem Verfalltage Anzeige gemacht und um Einlösung des Akzepts gebeten habe. Der Angeklagte Schreyer behauptete noch, daß die Zeugen die mit ihnen getroffene Vereinbarung falsch aufgefaßt haben müssen. Seine Ansicht sei gewesen, daß die Kunden kurz vor dem Fälligkeitstermine den Betrag für die bis dahin verkauften Waaren ein senden und einen andern Wechsel beifügen sollten, der auf einen um den eingefandten Baarbetrag verminderten Betrag lautete. Auf diese Weise wäre der erste Wechsel getilgt worden und die Kunden hätten durch den Wechselverkehr keinerlei Nachtheil gehabt. Der Angekl. Rosenthal hat früher mit seinem Schwager Louis Löwenthal eine Seitenfabrik gehabt. Wie er angiebt, haben sie mit ihren Gläubigern akkordiren müssen und dabei größere Versprechungen gemacht, wie sie erfüllen konnten. Er, Rosenthal, habe heute noch daran zu denken, und da Louis Löwenthal dieselben Verpflichtungen aus früherer Zeit gehabt, so habe derselbe ihm einige Wechsel aus dem Trikotwaren-Geschäft gegeben, die er dann, mit seinem Giro versehen, weitergegeben habe.

Bezeichnend ist, daß die Angeklagten Louis Löwenthal und Rosenthal in denselben Fällen, in denen sie gemeinsam Besuche machten, sich stets als „Gebrüder“ Löwenthal vorstellten. Louis Löwenthal hatte auf seinen Geschäftsreisen stets einen der übrigen Angeklagten als „Assistenten“ bei sich, mit Ausnahme des Angeklagten Hermann Löwenthal, welcher nur wegen Begünstigung angeklagt ist, weil er gewandt haben soll, daß die von ihm in Verkehr gebrachten Wechsel auf unredliche Art entstanden waren. Auf Grund der Begünstigung des Angeklagten Schreyer wurde Hermann Löwenthal dergest verurtheilt.

Nach sechsständiger Verhandlung am gestrigen Tage ließ der Angeklagte Schreyer sich zu einem offenen Geständniß herbei und gestand gleichzeitig, daß er den Angeklagten Hermann Löwenthal zu Unrecht belästigt hatte.

Der Schluß der Verhandlung steht erst in später Abendstunde in Aussicht.

Soziale Ueberblick.

Der sechste Delegirtenkongress des Allgemeinen deutschen Bauernverbandes war von 10 Delegirten des Verbandes, die über 21 Stimmen verfügten, besetzt. Außerdem wohnten demselben noch theils von Lokalvereinen, theils von öffentlichen Bauernversammlungen entsandene Delegirte an. Der vom Verbands-Vorstandem Prandori-Tredern erstattete Rapportbericht ergab ein Resultat von 631 M. 87 Pf., welches vorläufig vom Bauverein Dresden abgedeckt worden ist. Zur Erörterung gelangten weiter am ersten Tage nur Verbandangelegenheiten, die von öffentlichem Interesse nicht sind. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Daß das von den einzelnen Bauvereinen gesammelte, dem Verbandsgehörende Unterstufungsvermögen nur in bestimmter Höhe in Selbstverwaltung der Bauvereine bleiben darf, und zwar bei Vereinen bis zu 100 Mitgliedern 200 M., bis zu 200 Mitgliedern 300 M. und über 200 Mitglieder 400 M. Die sich über die vorstehenden Beträge ergebenden Ueberschüsse sind in vierteljährlichen Raten an die Verbandskasse abzuliefern. 2) Wird der Verbandsvorsitzende beauftragt, die bei dem Aus-

Scheiden mehrerer Gewerkschaften aus dem Verbande zurückbehalten, dem Verbande gehörenden Gelder von den betreffenden Vereinen einzufordern und in dieser Angelegenheit nur im äußersten Falle, und zwar auf Kosten des Verbandes, den Klagenweg zu beschreiten. Aus dem Verbande ausgeschieden sind im letzten Jahre die Gewerkschaften Leipzig, Magdeburg, Chemnitz und Mainz. Der Verbandsvorsitzende P. v. Dörfel-Dresden, gleichzeitig Verbandskassierer und Redakteur des Verbandsorgans, trat von seinem Posten zurück. Der Gewerkschaftsverband Brandenburg beantragte: „Die Leitung des Verbandes derartig zu gestalten, daß von derselben, wie es der § 2 des Verbandsstatuts vorschreibt, etwas mehr für das Wohl der Verbandsmitglieder eingetretet und gewirkt wird.“ Der Gewerkschaftsverband Hannover beantragte: „Herstellung einer strafferen Organisation im Verbande. Abhaltung von Vorlesungen, sowie Verbreitung sachgemäßer Zeitschriften, beides jedoch ohne Verdrängung politischer und religiöser Gesichtspunkte.“ Der Verbandsvorsitzende beauftragte, er habe den Auftrag gehabt, Alles zu vermeiden, was bei den Arbeitgebern Anstoß hätte erregen können. Die Tendenz des von ihm geleiteten Verbandsorgans sei eine vermittelnde gewesen. Die Brauer müßten mit den Arbeitgebern Hand in Hand gehen, sonst könnten sie nichts erreichen. Ein Teil der Delegierten war der Ansicht, daß es nur vorteilhaft für die Brauerbewegung sein könne, wenn sie mit den übrigen organisierten Arbeitern Hand in Hand gehen und dadurch die Arbeitgeber zwingen, ihre Forderungen zu bewilligen. Durch Festlegung der Besuche und auf gütlichem Wege sei heute nichts mehr zu erreichen. Das beweisen die Streiks in Hamburg und Braunschweig. Die Tendenz der heutigen Wirtschaftsordnung führe dahin, daß an Stelle des gelehrten Brauers immer mehr der nichtgelehrte Arbeiter trete. Die gelehrten Brauer seien eben nur Arbeiter und nichts Besseres, wenn die ungelehrten Arbeiter die gleiche Arbeit verrichten, wie die gelehrten Brauer. Der andere Teil der Delegierten war entgegengesetzter Meinung. Es wurde eine Resolution beschloffen, dahingehend, daß die Leitung des Verbandes genau nach § 2 des Verbandsstatuts in Zukunft zu haben und von jeder politischen und religiösen Richtung frei zu halten sei; doch solle dahin gewirkt werden, die Verbandsmitglieder zukünftig den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend aufzuklären. Zum Verbands-Vorsitzenden wurde Biele-Hannover gewählt und demselben gleichzeitig das Kassierersamt übertragen. Ebenso beschloß man, dem Verbands-Vorsitzenden die Leitung des Verbandsorgans, dessen bisherige Haltung scharf getadelt und kritisiert wurde, nicht zu nehmen. Dasselbe ist von P. v. Dörfel-Dresden verkannt worden. Sollte der jetzige Eigentümer der Zeitung dieselbe nicht unter bestimmten Bedingungen dem Verbande abtreten wollen, so soll eine neue Zeitung gegründet werden und dieselbe in Hannover erscheinen. Dem Redakteur wurde eine Preiskommission zur Seite gestellt. Beschlossen wurde noch folgende Ergänzung des § 5 des Verbandsstatuts: „Jedes Mitglied hat zur Unterhaltungs-Lasse monatlich 30 Pf. zu entrichten und kommen die für die Altersversicherung eingezogenen Beiträge in Wegfall.“

Eine Lohnreduktion bei städtischen Arbeitern meldet die Elberfelder „Freie Presse“ unter dem 5. Oktober aus Krefeld: Heute Abend wurden den Arbeitern, die wegen Arbeitslosigkeit von der hiesigen Behörde in Arbeit genommen wurden, angelündigt, daß sie bei der nächsten Lohnung weniger erhalten; nämlich die Verheirateten umfast 1,50 M. nur 1,30 M. und die Unverheirateten umfast 1,30 M. nur 1,20 M. Die Krefelder Humanität, welche wir neulich loben zu dürfen glauben, scheint also auch nicht probesch zu sein. Was sind übrigens 20 bzw. 10 Pf. pro Mann für die Kommune Krefeld? Ein Nichts. Und für die von der Reduktion betroffenen armen Teufel von Arbeiter? Für diese bedeuten die 20 bzw. 10 Pf. Lohnausfall ungefähr den Verlust eines Frühstücks. Hungernde Arbeiter — das ist freilich nichts Schreckliches für die kapitalistische Welt, die ein Legendier im Laumel der Gerechtigkeit ein „die beste der Welten“ nennt.

Nach einer vom Krefelder Fachverein der Textilarbeiter aufgenommenen Statistik, welche am 15.-16. September aufgenommen wurde, befinden sich in Krefeld 28 Firmen, welche sich mit der mechanischen Herstellung von Sammet beschäftigen. Diefelben haben zusammen 2819 Stühle; von diesen waren in Betrieb 1903, während 1216 Stühle gänzlich still standen. Eine Firma war überhaupt ohne Betrieb, eine lag im Konkurs, zwei liefen 6 1/2 Stunden arbeiten, eine 7 1/2, eine 8, fünf 9, sechs 10 und eine 10 1/2 Stunden.

Infolge des Niederganges des Strontianitberges hat mit dem 1. Oktober die Strontianitgrube zu Borcheln in Westfalen ihren Betrieb eingestellt. Eine große Anzahl Arbeiter, darunter 50 Familienmitglieder, sind hierdurch beschäftigungslos geworden.

Aus Belgien kommt die Meldung, daß der dortige Eisenbahnminister Vandenpeereboom in allen Postbüreauen Formulare zirkulieren ließ, worauf alle Briefträger erklären müssen, wann und in welche Kirche sie Sonntag zur Messe gehen.

So werden die feilischen Proletarier systematisch zur religiösen Heuchelei gezwungen.

Die Glasarbeiter in den Glashütten von Montluçon (Frankreich) haben am 6. Oktober die Arbeit eingestellt, da die von ihrem Syndikat den Unternehmern gestellte Frist, binnen welcher die letzteren die Arbeiterforderungen anerkennen sollten, abgelaufen war, ohne daß die Forderungen bewilligt worden wären.

Gegen die Stellenvermittlungsbüreaus hat sich in Paris ein Arbeiterverein gegründet.

Ein Kongreß sämtlicher Textilarbeiter Frankreichs ist für den 22. November nach Lyon einberufen. Auf der Tagesordnung steht:

1. Errichtung einer Vereinigung aller in der Textilbranche beschäftigten Personen.
 2. Aufstellung eines einheitlichen Tarifs.
- Außerdem sind alle Gewerkschaften der Textilbranche eingeladen, weitere Anträge zur Tagesordnung zu stellen.

Aus Mailand berichtet man der „Frankfurter Zeitung“: „Der Gerberstreik in Genua dauert fort. Wenn die Arbeiter innerhalb drei Tagen nicht zur Arbeit zurückkehren, werden die Fabriken definitiv geschlossen.“

Versammlungen.

Eine von circa 3000 Personen besuchte Versammlung des Wahlvereins für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis fand am 5. Oktober statt. In derselben sprach der Reichstags-Abgeordnete Nebel unter großem Beifall über: Die europäische Lage und der Sozialismus. Redner führte ungefähr folgendes aus:

Die überaus stark besuchte Versammlung bewies, wie groß das Interesse sei, welches die Parteimitglieder dem für heute gewählten Thema entgegenbringen. Die gegenwärtige Situation der europäischen Staaten, wie sie die politische und ökonomische Entwicklung der letzten Jahrzehnte geschaffen hat, stelle eine gewaltige Umwandlung in nahe Aussicht, eine Umgestaltung, welche die Lage der Völker in ökonomischer und politischer Beziehung von Grund aus ändern werde. In Deutschland habe in den letzten zwanzig Jahren die Bourgeoisie, getreu ihrer Mission, die Revolutionierung der bestehenden Gesellschaft von Grund aus herbeizuführen in jeder Weise gefördert. Die ökonomische Entwicklung habe in Deutschland eine Höhe erreicht, daß, obwohl noch Überreste feudaler und klein-

bürgerlicher Zustände vorhanden seien, in Wirklichkeit doch die Bourgeoisie es wäre, deren Anschauungen und Interessen in jeder Beziehung die dominierenden geworden seien. Sie habe erst den Boden geschaffen, auf dem unsere, der Sozialdemokraten Saat aufgehen konnte, sie selbst schaffe durch die riesenhaften Fortschritte auf allen Gebieten menschlicher Betätigung ihren eigenen Untergang und erzeuge in dem modernen Proletariat ihren Todten-Gräber. Durch fortschreitende Konzentration des Kapitals, Ausbreitung und Verarmung der Mittelschichten auf der einen Seite, durch Schöpfung neuer und Millionen zählender beschlossener Klasse, des revolutionären Proletariats auf der anderen Seite, habe sie selbst diejenigen Faktoren erzeugt, welche ihr den Untergang bringen würden. Sei doch heute die Sozialdemokratie eine Macht, mit der in entscheidendem Maße gerechnet werden müsse, sobald selbst der Reichstagskapitoli habe eingesehen müssen, daß die Regierung kein Gesetz erbringe, welches nicht unter Berücksichtigung der Wirkung, die es auf die Sozialdemokratie ausübe, entworfen sei. Aber die Sozialdemokratie beherrsche heute nicht bloß die gesammte innere Politik, sondern in hohem Grade auch die auswärtige. Redner geht nun dazu über, die Politik Bismarcks der letzten 25 Jahre einer vernichtenden Kritik zu unterziehen. Er weist durch Aufzählung einer Menge Thatsachen aus der diplomatischen Thätigkeit Bismarcks nach, daß dieser nicht, wie allgemein angenommen werde, mit Absicht die Einigung Deutschlands betrieben habe, sondern nur die Machtstellung Preussens im Auge gehabt hätte. Sei die Einigung Deutschlands dennoch gekommen, so sei Bismarck nicht der Schreiber, sondern der Geschobene gewesen, die Lebensinteressen der Bourgeoisie machten die Einigung Deutschlands zu einer Notwendigkeit. In dem aber die Bourgeoisie bei dieser Einigung die großartigste Förderung ihrer materiellen Interessen, wie Redner im Einzelnen nachweist, erreichte, habe sie bereitwillig die Wahrung ihrer politischen Interessen an Bismarck abgetreten, und ihm hierin freie Hand gelassen. Es zeige sich nun an der Entwicklung der deutschen Bourgeoisie, wie sie mit ihren eigenen Interessen in Widerspruch gerathe, sobald diese Entwicklung auf einer gewissen Höhe angekommen sei. Ihre rapide ökonomische Entwicklung erfordere die Erweiterung der Absatzwege für ihre Waarenmassen, die Erweiterung des Weltmarkts. Der Geschäftskreis der Menschen werde gewaltig erweitert, die immer vollkommener werdenden Verkehrsmittel, der gesteigerte geistige Verkehr, Erlernung fremder Sprachen, Uebersetzung fremder Literaturerzeugnisse, wissenschaftliche Kongresse förderten die internationale Entwicklung, andererseits entliehe in steigendem Maße der Kampf der Nationen um die Märkte und Absatzgebiete und erzeuge nationale Feindseligkeiten und Rivalitäten (Beweis die Schutzgoll- und die Kolonialpolitik), die dann durch politische Kämpfe und Fehler noch verschlimmert würden. Redner geht jetzt auf die Ereignisse des Jahres 1870 ein und auf die Vorgänge, die jenen Kampf vorhergingen und ihn erzeugten. Der größte Fehler sei gewesen, daß man durch die Annexion von Elsaß-Lothringen sich dauernd mit Frankreich verfeindete. Frankreich und Deutschland seien, wie nur je zwei Kulturenationen, gegenseitig auf sich angewiesen, ihrer Feindschaft sei ein Angeld für die ganze Kulturwelt. Die sozialistischen Abgeordneten hätten damals vorausgesetzt, was kommen werde, und Alles sei eingetroffen. Rußland habe seitdem das Ränglein der Waage in Europa in der Hand und nütze seinen Vorteil aus. Bismarck habe dies wohl erkannt und Alles aufgegeben, Rußland zu versöhnen und ihr auf dem Balkan freie Hand zu lassen. Um aber die Stellung Rußlands in Europa richtig würdigen zu können, sei es nötig, sich die Entwicklung dieses Reiches und sein Bedürfnis, sich immer mehr auf Kosten Europas nach Westen auszudehnen, vor Augen zu halten. Redner gibt einen historischen Ueberblick über die Entwicklung, welche Rußland in den letzten Jahrhunderten genommen, die es zu einem Reich gemacht, daß sein europäisches Gebiet allein zehn Mal größer als das Deutsche Reich geworden, während sein asiatisches Gebiet ungefähr 32 Mal so groß als Deutschland sei. Redner wies ferner nach, wie Rußland mit einer Ausdauer, die Bewunderung erregt, sich immer mehr auf Kosten Europas sein Augenmerk auf die Eroberung der Dnieper und Konstantinopel gerichtet habe, getreu den Zielen, wie sie in dem sogenannten Testament Peters des Großen niedergelegt seien. Das Rußland nach der Herrschaft der Dnieper und des Schwarzen Meeres und weiter darüber hinaus nach der Herrschaft des Mittelmeeres strebe, sei selbstverständlich von seinem Standpunkte aus, das gebiete sein Lebensinteresse. Aber ebenso gebiete das Lebensinteresse des ganzen übrigen Europas, es nicht dahin kommen zu lassen, weil die Herrschaft Rußlands über die Dnieper und den Balkan mit Konstantinopel die Beherrschung Europas durch Rußland bedeute. Dies führt Redner des weiteren aus, indem er auf die ungeheure Wichtigkeit hinweist, welche der Besitz von Konstantinopel in der Hand einer großen thätigen Macht für die Beherrschung Asiens von Persien bis zum Suezkanal und für die Beherrschung sämtlicher Großmächte Europas im Mittelmeer und im Südosten Europas bedeute. Rußland im Besitz von Konstantinopel und des Balkans würde ein geradezu kolossales Übergewicht in handelspolitischer, maritimer und militärpolitischer Beziehung erhalten. Das dies von Männern der verschiedensten Nationen und Parteien anerkannt sei, weist Redner an den Aussprüchen von Napoleon und Alexander I., St. Simon, Fourier, Thiers, Götze nach. Die französische Bourgeoisie sei von dem Neuangebirgsdenken geblendet, sonst müßte sie den ungeheuren Fehler, den Frankreich durch das Bündnis mit Rußland mache, zurückweisen. Gambetta habe dies voll erkannt und jedes Zusammengehen mit Rußland als einen schweren Fehler, der sich später bitter rächen, zurückweisen; andere die jetzigen Machthaber in Frankreich, die allerdings erst, das müsse nochdrücklich hervorgehoben werden, durch die Auflösung des Dreibundes zu dem Bündnis mit Rußland gedrängt worden seien. Aber wie Rußland nach der Herrschaft über den Balkan und das Mittelmeer strebe, so auch nach der Herrschaft über die Dnieper. Ganz richtig habe Thiers angesprochen: Rußland mit dem einen Fuß in Konstantinopel, mit dem andern auf dem Sund bedeutet die Herrschaft in Europa und zwingt die Freiheit, nach Amerika auszuwandern. Rußland habe freilich bisher sich schlau gehalten, sein Geßel nach der Herrschaft über die Dnieper und das Mittelmeer nicht gegen sich aufzuheben. Aber sein Stroh nach der Herrschaft gegen sei von seinem Standpunkt aus eben so gerechtfertigt, wie jenes nach der Herrschaft über das Mittelmeer, und seine Intimität mit Dänemark, mit dessen Hilfe die Dnieper jeden Augenblick gesperrt werden könne, beweise, daß es genau wisse, was es thue. Unter solchen Umständen sei der Nordostsee-Kanal für Deutschland eine Lebensfrage, nur werde er schwerlich fertig sein, wenn es zum großen Entscheidungskampfe komme. Bismarck habe diesen herantreiben lassen, daher sein Vortreiben vor Rußland, seine zweideutige Haltung gegen Oesterreich, die zeitweilig hart an Verrat geistete, daher fernere seine Haltung in Rußland der Herzoginowa und Bosnien, im türkisch-russischen Krieg, auf dem Berliner Kongreß und zuletzt noch in der bulgarischen Frage. Erst als er gesehen, daß alles Weltfrieden ihm nichts helfe, und Oesterreich in die ihm gestellte Falle nicht gegangen, sei er zur Gründung des Dreibundes geschritten, dem jetzt der Zwiespalt gegenüberstehe. Redner legte nun dar, wie diese ganze Konstellation Europas seit zwanzig Jahren auf die militärischen und maritimen Rüstungen aller beteiligten Staaten gerichtet und welche riesenhafte Opfer bis zu diesem Augenblicke dafür gebracht wurden, ohne daß auch nur die geringste Aussicht, daß die Katastrophe vermieden werde, vorhanden sei. Insbesondere geht er auf die Mächtigkeiten Rußlands ein, welche dieses seit wollen 10 Jahren mit systematischer Voraussicht für einen Krieg mit Oesterreich und Deutschland getroffen hat. Andererseits habe auch Frankreich seine Rüstungen auf die höchste Spitze der Vorbereitung gebracht und stehe Deutschland nahezu ebenbürtig da. So ist auch zum großen Generalschlag vorbereitet und es frage sich nur, wann er falle. Das

hänge von Ereignissen ab, die niemand voraussagen vermöge, aber alles deutete darauf hin, daß dieser Tag nicht mehr fern sei. Der Schlag wäre längst gefallen, fürchte nicht Jeder die Folgen, vor denen Allen graue, und insbesondere sei es die dröhnende Macht des Sozialismus, der unter den ungeheuren ökonomischen Wirkungen, die ein europäischer Krieg für die Massen im Gefolge habe, eine ungeheure Macht erlangen werde. Redner führt des Näheren aus, welcher Art diese Wirkungen sowohl infolge des Massenmordens wie infolge der Massenbankrotte, allgemeiner Arbeitslosigkeit und großer Thenerung sein würden und möchten. So sei noch nie für das Umsichgreifen des Sozialismus gewirkt worden, wie der nächste Krieg wirken werde. Dann würden die Völker sich fragen: für was und für wen das Alles? Die Antwort werde nicht ausbleiben, sie werde aber eine für die herrschenden Massen vernichtende sein.

Komme dieser Kampf, so könne die Sozialdemokratie nicht ruhigen Fußes ihm zusehen. Wir seien stets und zu jeder Zeit für eine Auslösung mit Frankreich gewesen, und sie müsse immer und immer wieder bekräftigt werden. Trete aber Frankreich mit Rußland in den Krieg gegen Deutschland ein, dann kämpfe Deutschland um seine Existenz, dann werde der Kampf ein Vernichtungskampf und dann müsse, vor die Alternative gestellt, die Sozialdemokratie Schutler an Schutler mit ihren bisherigen Gegnern diesen Kampf freizig durchzuführen suchen. Das gebiete nicht nur unsere Existenz als Deutsche, das gebiete unsere Existenz als Paris, denn ein Sieg Rußlands sei gleichbedeutend mit einem Siege russischer Barbarei und einer Vernichtung des Sozialismus auf unabsehbare Zeit hinaus. So müsse der Kampf gegen das offizielle Rußland ein Vorkriegskrieg werden, der mit den revolutionären Mitteln geführt werden müsse. Rußland muß nach Osten zurückgedrängt werden, ein neues demokratisches Polenreich müsse entstehen, das mit Deutschland in enger Verbindung stehe. Aber dieser Krieg werde auch noch eine andere nicht gewollte Wirkung haben. Die endlich zur Einsicht gekommenen Völker Europas würden die Fesseln ihrer Geschicke in die eigenen Hände nehmen und in einer allgemeinen Völkervereinigung dem Krieg für immer ein Ende machen. Rolle hat in seinen kürzlich veröffentlichten Memoiren erklärt: es sei das gesonderte Dasein der Nationen, das die Ursache zu Streitigkeiten gebe und die Kriege zur Nothwendigkeit mache, aber es sei zu hoffen, daß die Kriege seltener würden, wie sie suchbarer würden. Man das würden die Völker endlich begreifen und würden ihr Sonderdasein aufgeben, damit endlich das Jahrtausende lang vergeblich gesprochene Wort: „Friede auf Erden und den Völkern ein Wohlgefallen!“ zur That und zur Wahrheit werde. — Stürmischer, langanhaltender Beifall folgte dem Vortrage. Eine Diskussion fand nicht statt und so schloß die imposante Versammlung mit einem dreifachen donnernden Hoch auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie und den Redner.

Der Sozialdemokratische Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 6. Oktober eine Generalversammlung ab, wobei das Lokal bis zum letzten Platz gefüllt war. Leider konnte infolge des Gebahrens einzelner Genossen die Versammlung nicht zu Ende geführt werden. Gleich bei der Eröffnung der Versammlung gingen die Geschäftsberechtigten unter einander. Beim ersten Punkt der Tagesordnung: Vorstandswahl, wurde Genosse Adolf Scholz unter stürmischem Protest der Opposition mit großer Majorität zum ersten Vorsitzenden gewählt, desgleichen Genosse Kleinert zum zweiten Vorsitzenden, ferner Genosse Treichel mit großer Majorität zum Kassierer. Bei Rechtgenannten kam es seitens der Opposition gleichfalls zu stürmischem Debatten. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Genosse Gemann gewählt. Für diesen Posten waren mehrere Vorschläge gemacht worden. Als man zur Abstimmung schreiten wollte, verlangte Vertrauensmann Schwabe (Opposition) das Wort zur Geschäftsordnung. Man erlaubte ein kurzbares Wort. Der Vorsitzende ermahnte zur Ruhe; er machte bekannt, daß der überwachende Beamte mit der Auflösung drobe, und daß Schwabe, auf dem Wort zu verzichten, da er sonst die Versammlung nur zur Auflösung bringe. Doch dieser erklärte unter Zustimmung der Opposition, nicht zu verzichten. Der Beamte wurde darauf immer größer. Man löste der überwachende Beamte die Versammlung auf. Es wäre gewiß zu Erweisen gekommen, wenn nicht die Verunst der Mehrheit der Genossen dem vorgebeugt hätte. Der angekündigte Vortrag Liebichs konnte infolge der Auflösung nicht stattfinden. Diejenigen Genossen, welche Beiträge entrichten wollen, können dies nur noch bei Gnadt, Brunnenstr. 33 und zwar am Sonntag.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis hatte sich am 6. Oktober bei Herber verammelt, um nach einem Besat des Genossen Platon die Wahl des gesammten Vorstandes vorzunehmen. Genosse Platon hielt unter reichem Beifall einen sorgfältig ausgearbeiteten Vortrag über das Thema: „Was lehrt uns der Prozeß Heine und der Fall Kaiser-Schweizer?“ Er führte aus, daß der Prozeß Heine nur diejenige Bevölkerungskategorie, welche die Verhältnisse in der Großstadt abfolat nicht kennen, mit so lebhafter Veränderung und heuchlerischer Entrüstung erfüllte, wie sie in den Zeitungsorganen vornehmlich des pharisäischen Preussens zu so allgemeinen und lamentablen Ausdruck gekommen sei. Denn daß wir Profitgierige und „Lais“ haben, wissen wir Alle so gut wie den freiständigen Heilmannern bekannt sei, das Bede keine Tagesbede sein. Da wage es denn selbst das „Meine Journal“, dessen „Augen“ in einen durchaus sadenschneigen Mantel gehüllt sei, Vorschläge zur Besserung zu machen. Die Wurzel all der Uebel, die in den innerlich verwandten Hüllen Heine und Prager zu Tage getreten seien, liege in den ökonomischen Verhältnissen, welche die Erziehung zur Menschewürde und die Beherrschung in derselben vielen Menschen einfach unmöglich machen.

Die Genossen Niebe und Casseler gingen in zustimmendem Sinne des Näheren auf des Referenten Ausführungen ein, und betonten scharf die Heuchelei des „Meinen Journal“ und die Nothlage vornehmlich der weiblichen Arbeiter.

Die Abrechnung des Kassiers vom letzten Halbjahre ergab: Einnahme 21,35 M., Ausgabe 19,98 M., Bestand 92,97 M. Tages-Bestand vom vorigen Halbjahre 56,36 M., zusammen 149,33 M. Dem Kassier wurde auf Antrag eines der Revisoren Bescheinigung erteilt und sodann mit überwältigender Majorität die Wahl folgender Genossen in den Vorstand vollzogen: Niebe, erster Vorsitzender, Casseler, dessen Stellvertreter, Petermann, Kassier, Wernau, dessen Stellvertreter, Schellwar, Schriftführer, Kienast, dessen Stellvertreter, Kleemann, Wäfliger, und Kubat, Akt, Revisoren.

In der am 8. Oktober besuchten Versammlung der Militär-Schneider am 8. Oktober hielt Herr Simon einen Vortrag über Thomas Moore. Eine Diskussion über die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen fand nicht statt, und so schritt man zu Punkt 2 der Tagesordnung: Die stellen wir uns den Stücken und Stickerinnen gegenüber, event. Aufnahme in unseren Verein. Die Kollegen Kahlhoff und Schulze sprachen im Sinne eines in der Versammlung vom 19. März eingebrachten Antrages, wonach die Sticker und Stickerinnen zum Beitritt in den Verein zugelassen wären. Schulze wies den Vorschlag zurück, der Vorstand sei falsch zu Wege gegangen. Jervin war gegen die Aufnahme, indem man nicht wisse, was die im nächsten Jahre stattfindenden Gewerkschaftskongresse beschließen würden. Kroll sprach ebenfalls dagegen, indem er darauf hinwies, daß die Stickerinnen meist Wäfler aus sogenannten „besseren“ Familien seien und sich deshalb so wenig von ihnen anschließen würden, daß eine Statutenänderung kaum der Mühe lohnen dürfte. Man kam schließlich dahin überein, demnach eine geschlossene Mitglieder-Versammlung darüber entscheiden zu lassen. Red. Wernau wollte dem den Bismarck-

